

ERINNERUNGSKULTUREN  
DER SOZIALEN DEMOKRATIE

# GEWERKSCHAFTEN UND TREUHANDANSTALT NACH 1990 IN PRAXIS UND ERINNERUNG

Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“

Marcus Böick, Christian Rau – September 2020



### **Zu den Autoren**

Marcus Böick ist Akademischer Rat am Historischen Institut der Ruhr-Universität Bochum. Er arbeitet derzeit an einer Geschichte des privaten Bewachungs- und Sicherheitsgewerbes im 19. und 20. Jahrhundert. Arbeitsschwerpunkte sind die Geschichte der postsozialistischen Transformationen nach 1989/90, Organisationsgeschichte sowie die Sicherheitsgeschichte im europäischen Kontext. Aktuelle Publikationen: „Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung, Göttingen 2018“, „Kriegsverbrechen, Restitution, Prävention. Aus dem Vorlass von Benjamin B. Ferencz, Göttingen 2019“ (hrsg. mit Constantin Goschler und Julia Reus), „Im Kreuzfeuer der Kritik. Umstrittene Organisationen in zeithistorischer Theorie und Praxis, Frankfurt/M. u.a. 2020“ (hrsg. mit Marcel Schmeer).

Christian Rau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und forscht dort aktuell über Gewerkschaften im ostdeutschen Transformationsprozess. Weitere Forschungsschwerpunkte bilden Raum und Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Verflechtungen im Kalten Krieg und die Geschichte der DDR in der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Zu seinen Publikationen zählen: „Stadtverwaltung im Staatssozialismus. Kommunalpolitik und Wohnungswesen in der DDR am Beispiel Leipzigs (1957-1989), Stuttgart 2017“ und „‘Nationalbibliothek’ im geteilten Land. Die Deutsche Bücherei 1945-1990, Göttingen 2018“.

### **Zu dieser Publikation**

Auf Initiative der Hans-Böckler-Stiftung untersucht die Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ von 2018 bis 2020, wie Gewerkschaften und andere Akteur\_innen sozialer Demokratie ihre Geschichte erinnerten und erinnern. Darüber hinaus wird erforscht, inwiefern die Organisationen, Institutionen und Errungenschaften der sozialen Demokratie in den Erinnerungskulturen Deutschlands berücksichtigt wurden und werden. Die Reihe Arbeitspapiere aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“ veröffentlicht Zwischenergebnisse aus der Arbeit der Kommission.

© 2020 Hans-Böckler-Stiftung  
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf  
[www.boeckler.de](http://www.boeckler.de)

Alle Rechte vorbehalten.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.

# Inhalt

Zusammenfassung.....	4
1. Einleitung.....	5
2. In der Nebenrolle? Die Gewerkschaften und der Wirtschaftsombau im Frühjahr 1990 .....	9
3. Die Entdeckung der Treuhand: Mitbestimmungs- und Konzeptdebatten in der zweiten Jahreshälfte 1990 .....	14
4. Eskalationen und Normalisierungen zwischen 1991 und 1993 ....	18
5. Skandalisierungen und hybride Protestkulturen 1993-1994 .....	24
6. Fazit .....	27
Literatur.....	30

## Zusammenfassung

Noch im 30. Jahr der Wiedervereinigung sorgt die Treuhandanstalt (kurz: Treuhand) für Diskussionen. Die „Sonderbehörde“, die bereits im Frühjahr 1990 von der DDR-Regierung eingesetzt worden war, um das ehemalige „volkseigene Vermögen“ sichern, und im Juni 1990 noch auf Beschluss der DDR-Volkskammer umgebildet wurde, um die ostdeutschen Betriebe zu privatisieren, sanieren oder stillzulegen, steht mehr denn je symbolisch für den Wiedervereinigungsprozess insgesamt. Beurteilen die einen die Arbeit der Treuhand als erfolgreichen Beitrag zu einer gelungenen Wiedervereinigung, sehen die anderen in ihr die Ursache für bis heute anhaltende sozio-ökonomische Ungleichheiten zwischen Ost und West oder gar ein gezieltes Instrument zur Kolonisierung des Ostens durch den Westen. Bei all den vergangenen und gegenwärtigen Debatten um die Treuhand geht jedoch nicht nur der Blick für Komplexitäten und Grauzonen verloren, die es heute, mit der allmählichen Öffnung der Archive, historisch aufzuarbeiten gilt. Auch andere Akteure, deren Wahrnehmungen und Einflussmöglichkeiten im ostdeutschen Transformationsprozess geraten aus dem Blick. Zu diesen gehören vor allem die Gewerkschaften.

Die nachfolgende Betrachtung möchte erste Schneisen in dieses von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigte Themenfeld schlagen, indem sie auch auf bislang ungenutzte Quellen zurückgreift. Auf dieser Grundlage sollen weitere Fragestellungen und Perspektiven erörtert werden, die auch für die gewerkschaftliche Erinnerungskultur von großer Bedeutung sind. Zum einen soll gefragt werden, warum es keine einheitliche gewerkschaftliche Erinnerungskultur an die Treuhand gibt. Zum zweiten gilt es der Frage nachzuspüren, inwiefern gewerkschaftliche Erinnerungskulturen gewerkschaftliches Handeln gegenüber der Treuhand beeinflussten. Dieser doppelte historische Blick auf den Zusammenhang zwischen gewerkschaftlichen Erinnerungskulturen und der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft kann einen wichtigen Baustein für eine längst überfällige innergewerkschaftliche, aber auch für die gegenwärtige öffentliche Debatte über die Wiedervereinigung bilden. Denn nicht zuletzt lenkt der Beitrag den Blick auf gewerkschaftliche Akteure und Betriebsräte, welche den Wirtschaftsumbau Ost mitgestalteten, sich aber bereits im hohen Alter befinden und im gewerkschaftlichen Erinnerungsschatz schlichtweg nicht präsent sind. Ihre Erfahrungen ernst zu nehmen, aufzubereiten und zu sichern kann jedoch einen wichtigen historisch-kritischen und erinnerungskulturellen Beitrag leisten, wenn es darum gehen soll, mental verankerte Ost-West-Stereotypen in Öffentlichkeit und innerhalb der Gewerkschaften zu hinterfragen und den Blick für Komplexitäten und Grauzonen zu öffnen.

# 1. Einleitung

Das spannungsgeladene Verhältnis von Treuhandanstalt und Gewerkschaften war und bleibt ein schwieriges. Sowohl in den zeitgenössischen Verhandlungen als auch in den erinnerungskulturellen Kontroversen erschien das (Nicht-)Agieren von Gewerkschaftsvertretern beim oft krisengeschüttelten Wirtschafts- und Betriebsumbau oftmals als widersprüchlich. Der nach 1990 in Ostdeutschland vollzogene abrupte, ja disruptive Übergang von einer überindustrialisierten und zentral gesteuerten Plan- in eine sich bereits damals rasch globalisierende wie digitalisierende Marktwirtschaft<sup>1</sup> war weder strukturell noch mental „vorbereitet“; er überforderte die zeitgenössischen Akteure, Experten und Beteiligten aus Ost und West in vielerlei Hinsicht. Die nach 1945 im Kontext eines aufbrechenden Systemwettstreits langfristig eingeübten Handlungsmuster boten seit dem Herbst 1989 schlagartig kaum noch eine situationsangemessene Orientierung. Die Umstellungsschocks machten sich zunächst in den mittelosteuropäischen Umbruchgesellschaften am stärksten unmittelbar bemerkbar. Aber sie betrafen letztlich auch das über Jahrzehnte feinjustierte Verhältnis von Arbeit und Kapital im Westen Europas und Deutschlands. Während manche, gerade auf Seiten der Linken, das vollständige praktische wie ideelle Wegbrechen der sozialistischen Systemalternative sowie das Scheitern möglicher „Dritter Wege“ zwischen Markt und Plan erstaunlich frühzeitig beklagten,<sup>2</sup> bot der dramatische Crash des planwirtschaftlichen Realsozialismus auf der anderen, zumeist konservativ-liberalen Seite des politischen Spektrums reichlich Anlass zu Jubel und Triumphgeheul, da die Geschichte nun vermeintlich an ihr vielzitiertes Ende gekommen sei – und in kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie ihre teleologische Vollendung gefunden hätte.<sup>3</sup>

Bekanntlich kam es anders. Mit drei Jahrzehnten Distanz lassen sich im Blick auf die oft verwickelte Praxis des postsozialistischen Wirtschaftsumbaus nach 1990 Licht und Schatten in scharfen Kontrasten sowie vielfältigen Mischverhältnissen deutlich ausmachen. Gerade Ostdeutschland erscheint als bemerkenswerter Sonderfall, offenbar regelrecht eingeklemmt zwischen westeuropäischen Kontinuitäten und osteuropäischen Transformationen:

<sup>1</sup> Hartmut Berghoff: Die 1990er Jahre als Epochenschwelle? Der Umbau der Deutschland AG zwischen Traditionsbruch und Kontinuitätswahrung, in: Historische Zeitschrift 308 (2019), Heft 2, S. 364-400.

<sup>2</sup> Vgl. Michael Schneider: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990; dazu insg.: Manfred Scharer: Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin u. a. 2011.

<sup>3</sup> Exemplarisch die verschiedenen Stimmen bei: Günter Nötzold (Hrsg.): Die Stunde der Ökonomen. Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen, Essen 1990; Horst Siebert: Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992.

Die intensiven Verflechtungen, Transfers und Wahrnehmungen zwischen Akteuren aus Ost- und Westdeutschland muten im mittelosteuropäischen Umbruchsszenario außerordentlich an – und boten und bieten sowohl Anlass für materiellen Neid (über finanzielle bzw. Sozialtransfers) als auch kulturelles Mitleid (über kulturelle Unter- bzw. Überordnungen).<sup>4</sup> Die von vielen Menschen in der unmittelbaren Euphorie des überraschenden Mauerfalls zu Beginn des Jahres 1990 noch erhoffte schnelle Überwindung der deutschen Teilung sowie rasche Vollendung der „inneren Einheit“ in der konkreten Praxis auszugestalten, erwies sich aus strukturellen wie mentalen Gründen oft als sehr viel schwieriger. Während die staatliche Einheit in einem atemberaubenden Tempo binnen weniger Monate zum 3. Oktober 1990 enorm kurzfristig erreicht wurde, erschienen mittelfristig vor allem die wirtschaftlichen Umstellungsprobleme in den Unternehmen als eine zentrale Herausforderung. Langfristig beschäftigen die kulturellen wie auch sozialen Folgewirkungen der 1989/90 eingeschlagenen Wege in Deutschland und Europa Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit auch in der Gegenwart unter dem Eindruck populistischer Wahlerfolge sowie autoritärer Regime mehr denn je.<sup>5</sup>

Ob man die Vorgänge heute, im 30. Jahr der deutschen Einheit, als vorzeigbaren wie nachahmenswerten Erfolg der „sozialen Marktwirtschaft“ oder aber als abschreckenden, warnenden Misserfolg eines „neoliberalen Kapitalismus“ identifiziert, hängt dabei stark von der jeweils eigenen (Zeitzeugen-)Perspektive ab. Das turbulente und erst allmählich zeithistorisch-empirisch analysierte Geschehen der „Transformationszeit“ bietet reichlich Material, das sich in beide Großerzählungen einfügen lässt: Auf der einen Seite der Bilanz stehen gelungene individuelle Aufbrüche, neuartige Aufstiegschancen und vielfältige Konsummöglichkeiten sowie natürlich umfassende politische wie gesellschaftliche Freiheiten. Andererseits bestimmten jedoch zahlreiche individuelle Enttäuschungen, kollektive Frustrationen sowie regelrecht endemische gesellschaftliche Ängste vor „Abwicklung“, „De-Industrialisierung“, Arbeitslosigkeit und Abwanderung die Szenerie im krisengeschüttelten Osten, während ein scheinbar unerschütterter Westen vielmehr angesichts der horrenden „Kosten der Einheit“ erschauerte oder sich in Anbetracht der vermeintlichen „Undankbarkeit“ vieler Ostdeutscher ernüchtert vom ohnehin bald kaum noch überschaubaren Krisengeschehen abwandte.<sup>6</sup>

---

<sup>4</sup> Philipp Ther: Die deutsche Schocktherapie. Der deutsche Sonderweg und die Transformation Ostmitteleuropas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 64 (2019), Heft 11, S. 85–96.

<sup>5</sup> Ivan Krastev; Stephen Holmes: The Light that Failed. A Reckoning, London 2019; Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.

<sup>6</sup> Als Kontraste im Laufe der Zeit vgl. Eberhard Panitz; Klaus Huhn: Mein CHEF ist ein WESSI, Berlin 1992; Wolfgang Dümcke; Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR, Münster 1996; Thomas Roethe: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999; Uwe Müller: Supergau Deutsche Einheit, Berlin

Und mitten in diesen ungemein verwickelten, oft chaotischen Umbrüchen und Vorgängen agierten die Gewerkschaften und ihre Vertreter aus Ost und West in sehr unterschiedlichen Rollen, auf verschiedenen Ebenen und in vielfältigen Konstellationen. Einerseits taten sie sich als Wortführer des Widerstandes hervor: Sie führten den wütenden Protest von Belegschaften an, die die „Abwicklung“ ihres Betriebes durch die Treuhand fürchteten. Sie deckten korrupte Machenschaften und Betrügereien von Managern und Investoren auf. Sie unterbreiteten Vorschläge für alternative Privatisierungsansätze jenseits des im Sommer 1990 etablierten, auf rasche Verkäufe an westdeutsche Investoren setzenden Treuhand-Modells. Zugleich zeugen auf der anderen Seite zahlreiche Zeitzeugen-Berichte und auch neu zugängliche Akten von einem ausgesprochenen Pragmatismus zahlreicher Gewerkschaftsvertreter in den oft sehr verwickelten Verhandlungen beim Wirtschaftsombau. Hier erkannten sie ihre Aufgabe insbesondere darin, sowohl so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten und zugleich die drohenden Folgen von unvermeidbaren Entlassungen durch sorgfältige Sozialauswahl sowie umfassende Sozialplanregelungen abzumildern.

Jenseits der angedeuteten (Alltags-)Kontraste zwischen öffentlichem Protest sowie klandestiner Kooperation barg jedoch insbesondere die Frage der Lohn- und Tarifpolitik eine enorme Sprengkraft zwischen Ost und West: Einerseits schien die Strategie einer forcierten Anpassung der Ost-Löhne an Westniveau den Wünschen zahlreicher ostdeutscher Arbeitnehmer zu entsprechen; zudem war die bei den Funktionären verbreitete Angst vor einem innerdeutschen „Niedriglohnsektor“ im Osten eine wesentliche Triebfeder für diese Strategie. Auf der anderen Seite erschwerte diese „Hochlohnstrategie“ in der Praxis den von der Treuhand organisierten Unternehmensombau. Nach der im Juli 1990 schockartig vollzogenen Wirtschafts- und Währungsunion hatten fast alle Treuhand-Unternehmen mit massiven Kostenproblemen und wegbrechenden Absatzmärkten zu kämpfen, wobei die steigenden Arbeitskosten diese Abwärtsspirale noch weiter verschlimmerte. Doch auch an diesem Punkt tobt bis in die Gegenwart ein erbitterter Konflikt über die Folgen für den Wirtschaftsombau: Sehen die einen in dieser Hochlohnstrategie gewissermaßen den lohnpolitischen Sargnagel für die Ost-Wirtschaft, die durch die vor allem ab dem Frühjahr 1991 erfolgenden Lohnsteigerungen ihres letzten Vorteils beraubt worden sei, weisen andere Autoren diese Schuldzuschreibung zurück und erkennen vielmehr in der überhasteten und übereilten Privatisierungspolitik die Hauptursache für die dramatischen Ein- und Zusammenbrüche.<sup>7</sup>

---

2005; Olaf Baale: *Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden*, München 2008.

<sup>7</sup> Dazu die breite ökonomische Diskussion bei: Gerlinde Sinn; Hans-Werner Sinn: *Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung*, München 1993; Rudolf Hickel;

In diesem Artikel soll diese zeitgenössische Auseinandersetzung jedoch nicht in einer weiteren Variation ergänzt werden. Vielmehr geht es uns darum, auf der Grundlage neuester zeithistorischer Forschungen die konkrete Rolle von Gewerkschaftsakteuren in den umfassenden Auseinandersetzungen um den ostdeutschen Wirtschafts- und Unternehmensumbau exemplarisch herauszuarbeiten. Gerade die ab 2017 erfolgte Öffnung von neuen Treuhand-Quellenmaterialien durch das Bundesarchiv erweist sich hier als reichhaltige Fundgrube für neues Material.<sup>8</sup> Uns interessiert dabei nicht nur, wie Arbeitnehmer/innen-Vertreter diesen massiven Umbruch konkret gestaltet, wahrgenommen und später erinnert haben. Es geht uns dabei auch darum, zentrale Spannungslinien („Ost“ vs. „West“ sowie „Arbeit“ vs. „Kapital“) in den zeitgenössischen alltäglich-konkreten wie übergeordnet-medialen und retrospektiv-erinnerungskulturellen Dimensionen zu thematisieren.

Besonders aussichtsreich erscheint uns eine Leitperspektive, die den ohne Frage scharfen Zäsurcharakter von 1989/90 bewusst perspektivisch relativiert und dabei insbesondere auf personelle, strukturelle wie mentale Kontinuitätslinien abhebt. Die nach 1990 beim Wirtschaftsumbau handelnden Figuren, vor allem aus Westdeutschland, entstammten nämlich zumeist den dort langfristig ausgebildeten Netzwerken, Arrangements und Mindsets des bundesdeutschen „Strukturwandels“. Dieses Marschpaket brachten viele West-Experten – ob als Manager, Berater, Politiker oder Gewerkschaftler – nach dem Mauerfall mit in den im Umbruch befindlichen Osten. Dergestalt erweist sich 1989/90 nicht als bloße „Stunde Null“ und der anschließende Transformationsprozess als etwas völlig Neuartiges; er erscheint vielmehr auch langfristig eingebettet in übergreifende Diskurse und Praktiken wirtschaftlicher Umgestaltungsprozesse – freilich in einem neuen, in vielerlei Hinsicht extremen Setting.

---

Jan Prieue: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung. Frankfurt/M. 1994.

<sup>8</sup> Maria von Loewenich: 45 km ungeordnetes Schriftgut, und was nun? Die Bewertung der Überlieferung der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, in: Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (Hrsg.): MASSENAKTEN – MASSENDATEN. Rationalisierung und Automatisierung im Archiv. 87. Deutscher Archivtag 2017 in Wolfsburg, Fulda 2018, S. 67–74.



## 2. In der Nebenrolle? Die Gewerkschaften und der Wirtschaftsumbau im Frühjahr 1990

Es ist keineswegs so, dass Gewerkschaftsvertreter völlig abseits des bald kaum noch zu überschauenden (ideen-)politischen Spielfeldes standen, das sich bereits mit den massiven gesellschaftlichen Protesten in Leipzig und anderswo nach dem Rücktritt der Honecker-Regierung im Oktober 1989 aufatmet. Die nun unmittelbar einsetzenden, sehr hitzigen und intensiven Diskussionen über eine Zukunft einer reformierten DDR als gesellschaftlichem (Alternativ-)Projekt erstreckten sich auch auf das Feld der realsozialistischen Zentralplanwirtschaft. Gerade ökonomische Motive hatten bei der „Friedlichen Revolution“ eine erhebliche Rolle gespielt. Und angesichts der massiven ökologischen wie ökonomischen Defizite, ständiger Versorgungsmängel sowie technologischer Rückstände stand den allermeisten Akteuren in der DDR ein erheblicher Reformbedarf quasi tagtäglich eindrücklich vor Augen.<sup>9</sup> In etlichen Betrieben und „Kollektiven“ wurden im Herbst 1989 nun auch öffentlich intensiv mögliche Zukunftsaussichten, aber auch drohende Gefährdungen diskutiert. Es konnte nicht mehr so weitergehen, das schien fast allen Beteiligten klar. Neben optimistischen Zukunftshoffnungen und Aufbruchsvisionen mischte sich im Grunde von Anfang an ein dunkler Basston an Ängsten vor drohender Arbeitslosigkeit, neuen Ungleichheiten sowie dem Verlust von gesellschaftlichem Zusammenhalt, sofern man sich auf den kapitalistischen Pfad des Westens begeben würde, der jedoch mit seinen breiten Konsum- und Karrieremöglichkeiten lockte.<sup>10</sup>

Die nominellen Vertreter der staatlichen Einheitsgewerkschaft des FDGB litten dabei, wie gleichzeitig die SED-Parteisekretäre sowie andere politische Funktionsträger des alten Regimes, am massiven Vertrauensverfall und dramatischen Autoritätsverlust des DDR-Staates. Dieser materialisierte sich im Spätherbst nicht zuletzt in zahlreich vollzogenen Austritten und heftigen Auseinandersetzungen in den Betrieben und Belegschaften, die häufig die fehlenden Leistungsanreize bei der Arbeit zum Gegenstand hatten.<sup>11</sup> Dementsprechend überrascht es kaum, dass gerade aus den Reihen des FDGB zu dieser Zeit kaum Stimmen laut wurden, wie eine künftige Wirtschafts- und Arbeitswelt denn aussehen könnte. Dies war noch am ehesten im Kontext

---

<sup>9</sup> Vgl. Theo Pirker u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995; Friedrich Thießsen (Hrsg.): Zwischen Plan und Pleite. Erlebnisberichte aus der Arbeitswelt der DDR, Köln 2001.

<sup>10</sup> Jan Wenzel (Hrsg.): Das Jahr 1990 freilegen. Remontage der Zeit, Leipzig 2019.

<sup>11</sup> André Steiner: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007.

der ab November ins Amt gelangten Regierung von Hans Modrow und seiner Wirtschaftsministerin Christa Luft der Fall, die nun um den Jahreswechsel 1989/90 unter Hochdruck erste Konturen eines „reformsozialistischen“ Weges entwickelte. Dieser sollte quasi an in den späten 1960er-Jahren abgebrochene Reformexperimente anknüpfen und in einem halben Jahrzehnt eine „sozialistische“ Marktwirtschaft etablieren. Diese sollte einerseits mehr betriebliche Eigenständigkeit, individuelle Leistungsanreize sowie verschiedene Eigentumsformen zulassen, andererseits aber eine zentrale Rolle des Staates sowie des Kollektiveigentums ausdrücklich beibehalten.<sup>12</sup>

Zur gleichen Zeit tobten auch am seit Ende November tagenden „Zentralen Runden Tisch“ entsprechende Debatten zwischen Vertretern verschiedener, oft sehr kritisch gestimmten Oppositionsgruppen sowie einer gegen ihren dramatischen Autoritätsverfall ankämpfenden Modrow-Regierung. In den knapp ein Dutzend Sitzungen dieses zentralen Übergangsgremiums spielten Wirtschaftsfragen allerdings nur eine weniger prominente Rolle, da der Umgang mit dem MfS, politische Rechte und Wahlen die Agenda dominierten.<sup>13</sup> Und wenn diese doch zum Tragen kamen, spielten Gewerkschaftsvertreter dabei keine nennenswerte Rolle. Lediglich zwei FDGB-Vertreter saßen anfangs mit am „Runden Tisch“. Einer von ihnen war der wortgewaltige Vorsitzende der ostdeutschen IG Metall, Hartwig Bugiel, dessen sozialistische Höhenflüge und Hasstiraden gegen sich schnell in kapitalistische Manager verwandelnde ostdeutsche Betriebsdirektoren<sup>14</sup> auf den westdeutschen IG Metall-Chef Franz Steinkühler aber eher irritierend wirkten, sodass dieser Bugiel schließlich Ende Februar 1990 klarmachte, dass „die DDR wenig Neues und in der Praxis Erprobtes in die Einheit“ einzubringen habe.<sup>15</sup> Als Mitte Februar der Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann kurzfristig die Gründung einer neuartigen Behörde vorschlug, die das „volkseigene Vermögen“ in einem ersten Schritt vor dem Zugriff westlichen Kapitals sowie östlicher Seilschaften bewahren und sodann zweitens über Anteilscheine an die ostdeutsche Bevölkerung und nicht etwa die Belegschaften

---

<sup>12</sup> o.V.: Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989 (Entwurf). Vorschlag der Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR vom 1.2.1990, in: Treuhandanstalt (Hrsg.): Dokumentation 1990–1994, 15 Bde., Berlin 1994, Bd. 1, S. 7-14.

<sup>13</sup> Uwe Thaysen: Der Zentrale Runde Tisch der DDR 1989/90. Einleitender Essay zum Wortprotokoll und zu den Dokumenten, in: ders. (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band 1: Aufbruch, Wiesbaden 2000, VII-XLIV.

<sup>14</sup> o.V.: Wortprotokoll der 1. Sitzung des Zentralen Runden Tisches der DDR am 7. Dezember 1989, in: Uwe Thaysen (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. 1: Aufbruch, Wiesbaden 2000, S. 1-89, hier S. 38.

<sup>15</sup> Werner Geistert: Information über Verlauf und Ergebnis der Beratung mit dem 1. Vorsitzenden der IGM der BRD am 27.2.1990 in Frankfurt /M., o.D., Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA-B), DY 46, 4683, unfol.

verteilen sollte, spielten gewerkschaftliche Akteure schon keine Rolle mehr.<sup>16</sup> Ullmanns spontaner Vorschlag als eine Art bürokratische Schutz- und Notfallmaßnahme war eine unmittelbare Reaktion auf einen dramatischen Strategieschwenk der Bonner Bundesregierung, die der DDR wenige Tage zuvor eine sofortige „Währungsunion“ in Aussicht gestellt hatte, sofern sie zugleich das Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ vollständig übernehmen würde.<sup>17</sup>

Der Wahlkampf für die erste frei gewählte Volkskammer, deren Wahl kurz zuvor auf den 18. März vorgezogen worden war, erschien damit vollends entbrannt. Nun griffen auch zahlreiche westdeutsche Berater und Parteien umfassend in die politischen Auseinandersetzungen mit ein. Der Wahlkampf spitzte sich dabei auf die Grundfrage zu, ob eine rasche Einigung nach westdeutschem Modell anzustreben sei, wie sie konservativ-liberale Kräfte forderten, oder aber eine fortbestehende, jedoch deutlich reformierte DDR einen eigenen, möglicherweise dritten Weg zwischen Plan und Markt in die Zukunft suchen sollte, wie linke und grüne Vertreter propagierten.<sup>18</sup> Während die politischen Auseinandersetzungen tobten, griff die Modrow-Regierung Ullmanns Vorschlag Anfang März kurzentschlossen auf, jedoch nur zur Hälfte: Man gründete auf dem Verordnungsweg eine neue Treuhand-Behörde, der man das umfassende industrielle Staatsvermögen mit knapp 8.500 Betrieben und vier Millionen Beschäftigten übertrug. Jedoch nahmen die Regierungsvertreter, sehr zu Ullmanns Unmut, von der Idee einer Ausgabe von Anteilsscheinen Abstand. Die Gründung der Treuhand sollte sich dabei als eine der letzten Maßnahmen der SED/PDS-geführten Regierung erweisen, endete die Wahl doch mit einem weitgehend unerwartet-triumphalen Sieg der konservativen Einigungsbefürworter der „Allianz für Deutschland“.<sup>19</sup>

Zumindest innenpolitisch standen die Zeichen damit auf eine schnelle Einigung, die nun vor allem, wie versprochen, gerade auch auf währungs- und wirtschaftspolitischen Wege hergestellt werden sollte. Die neue Regierung unter dem CDU-Politiker Lothar de Maizère, der noch bis April eine große und durchaus konfliktbeladene Koalition mit Liberalen und Sozialdemokraten

---

<sup>16</sup> Marc Kemmler: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt/M. 1994.

<sup>17</sup> Wolfgang Seibel: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000, Frankfurt/M. u.a. 2005.

<sup>18</sup> Konrad Sziedat: Erwartungen im Umbruch. Die westdeutsche Linke und das Ende des „real existierenden Sozialismus“, Berlin u.a. 2019.

<sup>19</sup> Sebastian Richter: Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 329- 342.

gebildet hatte,<sup>20</sup> trat nun in umfassende Verhandlungen mit der Bundesregierung ein. In dieser „Stunde der Exekutive“<sup>21</sup> gab eindeutig die Politik den Ton an – und dabei erschien die Rollenverteilung offenkundig: Während die von CDU und FDP getragene Bundesregierung eindeutig als starker Partner auftrat und die generellen Rahmenbedingungen vorgab, blieb der gerade frisch ins Amt gelangten DDR-Regierung wenig mehr, als insbesondere sozialpolitische Aspekte in den unter größter Eile konstruierten „Staatsvertrag“ hinein zu verhandeln, der schließlich im Mai unterzeichnet wurde. Abermals konnten gewerkschaftliche Akteure in Ost und West, aber auch sozialdemokratische oder grüne Politiker das Geschehen bestenfalls aus der Distanz verfolgen, kommentieren oder kritisieren, als es wirklich aktiv und maßgeblich mitzugestalten. Die generelle Marschrichtung schien ohnehin eindeutig – es ging in Bonn und Ost-Berlin nun um eine möglichst schnelle wie vollständige Übernahme des westdeutschen Wirtschaftsordnungsmodells durch die DDR, die im Gegenzug die D-Mark erhielt und zugleich auch zusicherte, ihr von der Treuhand gehaltenes „Volksvermögen“ konsequent rasch zu privatisieren.<sup>22</sup>

Obschon den Gewerkschaften bis zum Sommer 1990 bestenfalls eine Nebenrolle zukam, als wesentliche politische wie ökonomische Grundsatzentscheidungen fielen, mangelte es keineswegs an verschiedenen Vorschlägen oder Engagement. Viele engagierte Arbeitnehmervertreter brachen in Euphorie bald nach dem Mauerfall gen Osten auf, um dort als Berater in den Betrieben die Sache ihrer Kollegen zu unterstützen und auch umfassende organisatorische Aufbauarbeit für die Zeit nach dem FDGB zu leisten.<sup>23</sup> Die IG Metall (West) hatte bereits am 6. Dezember 1989 mit ihrer ostdeutschen „Schwester“ den Aufbau von Betriebspartnerschaften vereinbart, um zu verhindern, „daß die Wirtschaftsbeziehungen der Betriebe zu Nachteilen für die Metaller beider Staaten entwickelt werden“.<sup>24</sup> Die IG Chemie-Papier-Keramik (IG CPK), deren Vorsitzender Hermann Rappe schon im Dezember

<sup>20</sup> Ed Stuhler: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Bonn 2010.

<sup>21</sup> Klaus von Beyme: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, 10. Aufl., Wiesbaden 2004, S. 425.

<sup>22</sup> Wolfgang Seibel: Wenn ein Staat zusammenbricht. Über die Frühgeschichte und Funktion der Treuhandanstalt, in: Norbert Frei; Dietmar Süß (Hrsg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 184-207.

<sup>23</sup> Vgl. dazu im Überblick die Beiträge bei Detlev Brunner u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Essen 2018.

<sup>24</sup> Michaela Böhm: Der Weg in die Gewerkschaftseinheit. Staatliche Einigung und die Zusammenführung der IG Metall Ost und West, in: Jörg Hofmann; Christiane Benner (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt am Main 2019, S. 511–524, hier S. 512f.; Zum Sofortprogramm zwischen Zentralvorstand IG Metall/DDR und Vorstand IG Metall/BRD, o.D., BA-B, DY 46, 4683, unfol.

1989 öffentlich die Wiedervereinigung gefordert hatte,<sup>25</sup> ging sogar noch weiter und ließ bereits Mitte Februar 1990 ein erstes Beratungsbüro für die ostdeutsche IG Chemie-Glas-Keramik (IG CGK) eröffnen.<sup>26</sup> Die Denk- und Orientierungshorizonte der westdeutschen Gewerkschaften waren dabei ganz klar von den entsprechenden Auseinandersetzungen der 1980er-Jahre bestimmt – also von seinerzeit intensiv geführten Debatten über Privatisierungen, Tariferhöhungen oder alternativen Eigentumsformen; auch intensive Diskussionen über die „Bewältigung“ eines umfassenden (post-)industriellen „Strukturwandels“ hatten diese Zeit in der Bundesrepublik geprägt. Die IG Metall und die IG CPK hatten sich dabei als Antipoden herauskristallisiert. Galt erstere tendenziell sogar als offen für Verstaatlichungen und erkor die 35-Stunden-Woche zu ihrem Zukunftsprojekt, durch das Arbeitsplätze in der krisengeschüttelten Metallindustrie erhalten werden sollten, pflegte letztere einen betont arbeitgeberfreundlichen Kurs mit deutlichem Fokus auf Standorticherung und Bereitschaft zur Lohnzurückhaltung. Hierbei spielten freilich unterschiedliche Gewerkschaftskulturen und -traditionen eine wichtige Rolle.<sup>27</sup> Während die IG CPK also früh auf Wiedervereinigungskurs ging, stellte die IG Metall intern konzeptionelle Überlegungen zum Wirtschaftsumbau Ost an. Schon Ende März veröffentlichte die Gewerkschaft ein Positionspapier zur „Neuordnung des Produktivvermögens“ in der DDR. Deren Wirtschaftsabteilung lehnte es ab, das „Volksvermögen“ in naher Zukunft komplett in Privateigentum zu überführen und forderte stattdessen die Einrichtung von „gesellschaftlichen Holdinggesellschaften“. Während „Schlüsselbranchen“ im Energie-, Transport- und Postsektor weiterhin im Staatsbesitz verbleiben sollten, forderten die Gewerkschaftsvertreter zugleich die Bildung von „Belegschaftsfonds“, durch die in der DDR letztlich genossenschaftliche Eigentumsformen aufgebaut werden sollten.<sup>28</sup> Spielten derlei Ideen nun im weiteren Einigungsprozess überhaupt noch eine Rolle?

---

<sup>25</sup> Hermann Rappe: Am Verfassungsauftrag zur deutschen Einheit festhalten, in: Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 2.12.1989; Peter Weigert: Mit Solidarität zur Wiedervereinigung, in: Kölnische Rundschau vom 7.12.1989; Hermann Rappe: Kein Gegensatz zwischen nationaler und sozialer Frage, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 28.12.1989; o.V.: IG-Rappe: Ich will die Wiedervereinigung, in: Bild vom 4.1.1990.

<sup>26</sup> Protokoll des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG CPK vom 15.1.1990, Archiv für soziale Bewegungen (AfsB), IG CPK, 194 unfol.

<sup>27</sup> Jürgen Kädtler; Hans-Hermann Hertle: Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik, Opladen 1997.

<sup>28</sup> o.V.: „Die Belegschaften sollen die Eigentümer der umgewandelten Unternehmen werden“, in: Handelsblatt, 26.3.1990.

### 3. Die Entdeckung der Treuhand: Mitbestimmungs- und Konzeptdebatten in der zweiten Jahreshälfte 1990

Die Erfahrung, von den politischen Entscheidungsprozessen in Bonn und Ost-Berlin weitgehend ausgeschlossen zu sein und kaum über gewerkschaftliche Empfehlungen hinaus zu kommen, wirkte auf viele Gewerkschafter in den Vorstandszentralen frustrierend. Lediglich auf informeller Ebene hatte es Gespräche zwischen DGB-Chef Ernst Breit und Bundeskanzler Helmut Kohl gegeben.<sup>29</sup> Zudem nahm Breit zusammen mit dem Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Roland Issen, seit Februar 1990 an einem informellen Gesprächskreis mit Repräsentanten der deutschen Wirtschaft teil, zu dem auch der spätere Verwaltungsratsvorsitzende und Präsident der Treuhand, Detlev Karsten Rohwedder, hier noch als Hoesch-Chef, und Jens Odewald, Vorstandsvorsitzender der Kaufhof-AG und unter Rohwedder und Birgit Breuel später Treuhand-Verwaltungsratsvorsitzender, gehörten.<sup>30</sup>

Derlei informelle Netzwerke erlangten jedoch an Bedeutung, nachdem die Volkskammer der DDR am 17. Juni 1990 das Treuhand-Gesetz verabschiedet hatte, das die Behörde als „unternehmerisches Sondermodell“ mit dem Ziel einer möglichst schnellen Privatisierung der ostdeutschen Betriebe neu aufstellte.<sup>31</sup> Nun geriet die Treuhand erstmals ins Zentrum gewerkschaftsinterner Debatten. Der DGB wies der Behörde in seinem nur drei Tage nach dem Volkskammerbeschluss veröffentlichten „Brückenkonzept zur Beschäftigungssicherung“ die „zentrale Bedeutung“ hierfür zu. Die Treuhand sollte zu einer regionalen Strukturpolitik beitragen, indem ihr auf zentraler wie regionaler Ebene „Strukturbeiräte“ zugeordnet wurden, in denen konzeptionelle Wege verhandelt und an denen die Gewerkschaften zu beteiligen waren. Zudem sollte die Treuhand über einen „Strukturfonds“ verfügen, durch den die ostdeutsche Wirtschaft modernisiert und wettbewerbsfähig gemacht werden sollte.<sup>32</sup>

Diese Überlegungen gingen ganz massiv auf Avancen seitens der DDR-Regierung zurück, zu der der DGB-Bundesvorstand informelle Kontakte über

<sup>29</sup> Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006, S. 288.

<sup>30</sup> Vgl. die Sitzungsunterlagen in Bundesarchiv Koblenz (BA-K), B 136, 26498.

<sup>31</sup> Marcus Böick: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018, S. 229–231.

<sup>32</sup> Brückenkonzept zur Beschäftigungssicherung und Forderungen zur Strukturentwicklung in der DDR, 20.6.1990, AfsB, IG CPK, 306, unfol.

ein in Berlin eingerichtetes Verbindungsbüro unterhielt. Wie von dort am Vorabend des Inkrafttretens der Währungsunion von einer Sitzung ost- und westdeutscher Vertreter des Arbeitnehmerflügels der CDU berichtet wurde, wurden CDU-Vertreter aus Ostdeutschland nicht müde zu betonen, dass der „Notwendigkeit starker Gewerkschaften“ bei Regierungsentscheidungen stets Rechnung getragen werden müsse.<sup>33</sup> Zudem sei es auf deren Idee zurückgegangen, der Treuhand einen Strukturpolitischen Beraterkreis zuzuordnen, an dem auch Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zu beteiligen waren.<sup>34</sup> Und schließlich bot auch das neue Treuhand-Gesetz selbst unmittelbare Anknüpfungspunkte: So regelte Paragraph 7 die Bildung von Treuhand-Aktiengesellschaften, in denen die Mitbestimmungsgesetze der Bundesrepublik Anwendung finden sollten. Ferner hatte die Volkskammer die Regierung beauftragt, dafür zu sorgen, dass den Ländern nach der Wiedervereinigung Vermögen und die Rechte der Treuhand übertragen würden.<sup>35</sup>

Gleichwohl war die Form der eigenen Beteiligung an der Treuhand innerhalb des westdeutschen Gewerkschaftslagers umstritten. Eine wichtige Rolle für den Verlauf der Debatte spielte hierbei wiederum Hermann Rappe. Dieser war seit Mai 1990 an einem „Sachverständigenrat“ beteiligt, der vom West-Berliner Wirtschaftssenator (und seit Juni 1990 Ost-Berliner Stadtrat für Wirtschaft) Elmar Pieroth (CDU) gebildet worden war und Ministerpräsident de Maizière in wirtschaftspolitischen Fragen unmittelbar beraten sollte. Dieser Kreis arbeitete auch maßgeblich am Text für das Treuhandgesetz mit.<sup>36</sup> Während der Debatten hatte sich Rappe auch für eine Beteiligung der Gewerkschaften am Verwaltungsrat, dem Aufsichtsgremium der Treuhand, stark gemacht, und obwohl es innerhalb des DGB (besonders unter Strukturpolitikern) deshalb auch kritische Stimmen über die „Neben- und Parallelaktivitäten“ Rappes gab,<sup>37</sup> hatte sich der Bundesvorstand der Minimalforderung Rappes angeschlossen und signalisierte, „für den Fall entsprechender Bitten seitens der Regierung der DDR seine Bereitschaft, Vertreter für die Wahrnehmung von Aufgaben im Verwaltungsrat“ entsenden zu wollen.<sup>38</sup>

Ein Wendepunkt war erreicht, als Rappe nach erfolglosen Versuchen, für eine gewerkschaftliche Vertretung im Treuhand-Verwaltungsrat zu werben,

<sup>33</sup> DGB-Verbindungsstelle: Vermerk: 1. Delegiertenversammlung der CDSA/ADA am 30.06.90 in Magdeburg, 1.7.1990, BA-B, DY 34, 29760, unfol.

<sup>34</sup> Dies.: Vermerk für das Gespräch mit DDR-Ministern am 19.06.1990, 14.6.1990, Privatarchiv Werner Milert (PA W. Milert), Ordner Vermerke, unfol.

<sup>35</sup> Seibel: *Verwaltete Illusionen*, S. 107.

<sup>36</sup> Siehe die Sitzungsunterlagen in: AfsB, IG CPK, 701.

<sup>37</sup> DGB, Abt. Strukturpolitik: Dieter Hockel, an Michael Geuenich, Vermerk: Organisatorische Vorschläge zur Koordination der gewerkschaftlichen Arbeit der Treuhandanstalt und der Treuhand-AGs, 29.6.1990, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 5/DGAN001097, unfol.

<sup>38</sup> Auszug aus dem vertraulichen Protokoll über die 5. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am 25.06.1990 in Düsseldorf, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), 5/DGAN001097, unfol.

Ende Juli als Mitglied des Sachverständigenrates zurücktrat. Enttäuscht waren die Gewerkschaften aber vor allem von der ostdeutschen Regierung, auf deren Avancen man sich bislang gestützt hatte. Nun, so das Credo unter den Gewerkschaftsvorsitzenden nach dem Rücktritt Rappes, „muß man es wohl für klar halten, daß die Entscheidungen in solchen Fragen in Bonn und nicht in Ost-Berlin getroffen werden“.<sup>39</sup> Damit wurden auch gewerkschaftsintern diskutierte Konzepte fallen gelassen, aber auch die bis Ende August noch offene Frage der Besetzung der Treuhand-Aktiengesellschaften mit gewerkschaftlichen Vertretern wurde allenfalls noch formell verfolgt. Denn in den Bonner Regierungszentralen schien man über die Pläne der DDR-Regierung wenig begeistert und es war bald klar, dass diese kaum die bevorstehende Wiedervereinigung überleben würden. Dazu zählten besonders die Aktiengesellschaften, bei denen das CDU/CSU-geführte Bundesfinanzministerium, dem die Treuhand nach dem 3. Oktober 1990 unterstellt wurde, eine „Gefahr von Branchenegoismus mit bekannten negativen Folgen“ witterte. In der Forderung, den Ländern später alle Treuhandangelegenheiten zu übertragen, erkannte das Ministerium darüber hinaus das Risiko, „daß sich die Länder aus regionalen Interessen heraus gegen eine schnelle Privatisierung bzw. gegen die Liquidierung nicht sanierungsfähiger Unternehmen wenden würden.“<sup>40</sup> Auch in Bonn spielte somit der Erfahrungsraum der „alten“ Bundesrepublik, insbesondere die zähen und kostspieligen Verhandlungen mit den Gewerkschaften, aber auch den Ländern in strukturellen Angelegenheiten, eine ganz wesentliche Rolle – und dies vielmehr als neoliberale oder markteuphorische Theoreme.

Als der neue Treuhand-Präsident Rohwedder schließlich Ende August 1990 – gestützt auf ein Gutachten der Unternehmensberatungen McKinsey und Roland Berger – die fünf Treuhand-Aktiengesellschaften aus heiterem Himmel durch fünfzehn Treuhand-Niederlassungen in den ehemaligen Bezirksstädten der DDR ersetzte, für die die Mitbestimmungsregeln freilich nicht galten, blieb gewerkschaftlicher Protest aus. Vielmehr nutzten die Gewerkschaftsvorstände, allen voran DGB-Chef Heinz-Werner Meyer, der Ernst Breit Ende Mai 1990 nachgefolgt war, und Hermann Rappe, die neue Situation, um bei der Bonner Bundesregierung nun vollends auf die Vertretung der

---

<sup>39</sup> Gesprächsnotiz: Arbeitskreis Mitbestimmungs-Sachbearbeiter der Hauptvorstände der Gewerkschaften beim DGB-Bundesvorstand am 1.8.1990, AfsB, IG CPK, 302, unfol.

<sup>40</sup> BMF: I B 6, an Staatssekretär Horst Köhler, Vermerk: Treuhandgesetz, hier: Kritische Punkte bei Umsetzung des Gesetzes, 20.6.1990, BA-K, B 126, 145464, unfol.; BMF: UAL I C, an Staatssekretär Horst Köhler, Betr.: Treuhandgesetz, hier: Ihr Gespräch mit Staatssekretär Krause am 20. Juni 1990, 20.6.1990, ebd., unfol.



Gewerkschaften im Verwaltungsrat zu drängen.<sup>41</sup> Rappe tat dies sogar öffentlich.<sup>42</sup> Und letztlich mit Erfolg: Anfang Oktober 1990, kurz nach der Wiedervereinigung, wurde Rappe als erster Gewerkschafter in den Verwaltungsrat berufen, ihm folgten Ende November Heinz-Werner Meyer (DGB), Roland Issen (DAG) und Horst Klaus (IG Metall). Eine wichtige Rolle hierfür mag auch gespielt haben, dass die Treuhand bereits zwei Wochen vor der Wiedervereinigung erleben musste, wozu Gewerkschaften im Konfliktfall in der Lage waren: Am 13. September 1990 war es zu einer spektakulären Besetzung der Interhotel-Gruppe unter maßgeblicher Beteiligung von Gewerkschaftern gekommen. Eine taktische Einbindung von Gewerkschaftsvertretern, zumal solchen, die als arbeitgeber- und regierungsfreundlich galten (Rappe, Issen, Meyer), wurde für die neue Treuhand-Spitze um Rohwedder und Breuel damit zu einer Notwendigkeit. Es bedurfte aber letztlich eines Verstoßes gegen die im Treuhand-Gesetz festgeschriebenen Mitbestimmungsregeln, um den Gewerkschaften den Weg zur Mitbestimmung zu ebnen. Im 23-köpfigen, seit dem Herbst 1990 nun mehrheitlich mit bundesdeutschen Wirtschaftsvertretern umbesetzten Treuhand-Verwaltungsrat waren sie freilich erheblich in der Minderheit.

---

<sup>41</sup> DGB, Heinz-Werner Meyer, an Bundeskanzler Helmut Kohl, 31.8.1990, AdsD, 5/DGAI002102, unfol.; DGB, Abt. Vorsitzender: Ergebnisprotokoll der Sitzung des Arbeitskreises „Deutsch-deutsche Beziehungen“ am 31.8.1990, 6.9.1990, AdsD, 5/DGBG000135A, unfol.

<sup>42</sup> o.V.: IG Chemie will Mitspracherecht bei Privatisierung, in: Welt vom 11.9.1990; o.V.: Treuhand-Amt für Rappe?, in: Handelsblatt vom 19.9.1990; o.V.: DGB besteht auf Mitbestimmung bei der Treuhand, in: Handelsblatt vom 18.9.1990.

## 4. Eskalationen und Normalisierungen zwischen 1991 und 1993

Nicht alle Gewerkschaftschefs waren glücklich über die mühsam erkämpften und vergleichsweise beschränkten Mitbestimmungsrechte. Vor allem in der IG Metall gärte es gewaltig. Am 20. September 1990 machte Franz Steinkühlers persönlicher Referent Karlheinz Blessing seinem Unmut über Meyers und Rappes diskrete Mauseheleien mit der Bundesregierung in einem Brief an seinen Chef Luft: „Kohl braucht sich vor den Gewerkschaften nicht zu fürchten, solange er mit dem DGB-Vorsitzenden und dem Vorsitzenden der IG Chemie gut kann.“<sup>43</sup> Auch bei Steinkühler selbst lagen die Nerven blank. Seiner Berufung in den Verwaltungsrat der Treuhand erteilte er postwendend eine Absage, stattdessen schickte er mit Horst Klaus einen Vertreter aus der „zweiten Reihe“, der jedoch Anfang April 1992 nach etlichen Rückschlägen enttäuscht und erschöpft das Handtuch warf. Für ihn rückte Dieter Schulte nach, der Mitte 1994 nach dem plötzlichen Tod Heinz-Werner Meyers dessen Nachfolge (sowohl als DGB-Chef als auch als Mitglied des Verwaltungsrates der Treuhand) antrat. Dadurch gelangte mit Joachim Töppel im Sommer 1994 erstmals auch ein ostdeutscher Gewerkschafter in den Verwaltungsrat der Treuhand.

Steinkühler schlüpfte nach der Ablehnung seines Verwaltungsratsmandates im Frühjahr 1991 endgültig in die Rolle des wortgewaltigen öffentlichen Hauptkritikers der Treuhand. Wo immer möglich, warb er für die Umbildung der Treuhand in eine Industrieholding – einer Forderung, der Steinkühler auch durch Kundgebungen und Protestaktionen lautstark Nachdruck verleihen wollte. Eine solche Großkundgebung sollte am 4. März 1991 stattfinden: Elektrisiert durch massenhafte Eintritte von ostdeutschen Metallarbeiter/innen in die Gewerkschaft beabsichtigte Steinkühler, die sich verschärfende wirtschaftliche Lage, u.a. durch den Einbruch des RGW-Exports, zu nutzen, um die Forderung der IG Metall nach einer Industrieholding in die Öffentlichkeit zu tragen und um Verbündete aus der Politik zu werben. Anlass bot der bevorstehende Beschluss des Bundestages über ein milliardenschweres Entwicklungsprogramm für die ostdeutschen Bundesländer („Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“). Steinkühler dachte dabei an einen zentralen Aktionstag des DGB, bei dem „die Gewerkschaften während des parlamentarischen Beratungsprozesses ihre Alternativen unüberhörbar verdeutlichen“ sollten. Kernstück sollte eine zentrale Kundgebung vor der Treuhand-Zent-

---

<sup>43</sup> Karlheinz Blessing an Franz Steinkühler, 20.9.1990, AdsD, 5/IGMZ100573.

rale auf dem Berliner Alexanderplatz unter dem Motto „Gegen wirtschaftlichen Kahlschlag – für eine soziale Zukunft“ sein, wo man den Versuch unternehmen würde, „die Landesregierungen der O-Länder und die Kommunen als Bündnispartner zu gewinnen“.<sup>44</sup>

Steinkühler wollte damit an die sich seit Frühjahr 1991 über Ostdeutschland ergießende Protestwelle desillusionierter und um ihre Zukunft fürchtender Arbeiternehmer/innen andocken.<sup>45</sup> Doch die Lage eskalierte: Am 15. März wurde Steinkühler in der Presse mit einer drastischen Bemerkung zitiert, die während eines Gewerkschaftstreffens in Westdeutschland gefallen sei – die Treuhand sei der „Schlachthof“ des Ostens.<sup>46</sup> Als nur wenige Tage später die „Montagsdemonstrationen“ in Leipzig, auch unter Beteiligung von IG Metallern und der Nachfolgerin der SED, der PDS, wiederbelebt wurden und rund 80.000 Menschen auf die Straße brachten, nutzte Steinkühler auch dies, um der Bundesregierung medienwirksam die ganze Misere im Osten anzulasten und den Rücktritt Kohls zu fordern.<sup>47</sup> Am 17. März sprach Steinkühler selbst auf dem Alexanderplatz. Gewerkschafter in der Region folgten seinem Beispiel und riefen zu landesweiten Demonstrationen gegen die Treuhand auf. Am 30. März wurde die Treuhand-Niederlassung in Berlin mit Brandbomben attackiert, einen Tag später ermordeten RAF-Terroristen Treuhand-Chef Rohwedder.

Dem Tsunami folgte Erstarrung. Die Protestwelle, auch die Montagsdemonstrationen, ebte schlagartig ab und auch für Steinkühler wendete sich das Blatt. Die Ereignisse von Mitte März bis Anfang April verdichteten sich in der öffentlichen Wahrnehmung nun zu einem Narrativ der „geistigen Mittäterschaft“. Der parlamentarische Staatssekretär der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Friedrich Bohl, warf der IG Metall und daneben auch der ÖTV vor, mit diesen Aktionen ostdeutsche Arbeitnehmer/innen verhöhnt, der „SED/PDS“ den Boden bereitet und westdeutsche Gewerkschaftsmitglieder verprellt zu haben.<sup>48</sup> Gegen Steinkühler persönlich richtete sich eine Welle an Drohbriefen von westdeutschen Arbeitnehmer/innen und Selbstständigen, die ihn der Beihilfe zum Mord an Rohwedder bezichtigten, aber auch von ostdeutschen Arbeiternehmer/innen, die Steinkühler vorwarfen, eine Mit-

---

<sup>44</sup> Franz Steinkühler, Vorlage für die Sitzung der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder am: 4. März 1991, Betr.: Zentraler Aktionstag in den fünf neuen Bundesländern „Gegen wirtschaftlichen Kahlschlag – für eine soziale Zukunft“, AdsD, 5/IGMZ210780, unfol.

<sup>45</sup> Dietmar Dathe: Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche, Berlin 2018.

<sup>46</sup> o.V.: „Treuhand versteht sich als Schlachthof“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15.3.1991.

<sup>47</sup> o.V.: Bundeskanzler weg – Neuwahlen!, in: Neues Deutschland vom 26.3.1991.

<sup>48</sup> Telefax Friedrich Bohl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/DSU-Fraktion im Bundestag, an die Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Monika Wulf-Mathies, 16.4.1991, AdsD, 5/DGAI002219, unfol.

schuld an der Vernichtung von Arbeitsplätzen zu tragen – etwa durch unrealistische Lohnforderungen.<sup>49</sup> Auch innerhalb des Gewerkschaftslagers erhielt Steinkühler nun deutlichen Gegenwind: Vor allem von der IG CPK wurde dessen Konzept einer Treuhand-Industrieholding nun als „riesiger Brocken“ rigoros abgelehnt. Vielmehr müsse man jetzt konstruktiv die „THA unterstützen“.<sup>50</sup> Selbst in der SPD-Bundestagsfraktion fand sich nun niemand mehr, der das Modell unterstützte. Auch hier war man einhellig der Überzeugung, dass es nun weitere Zeitverzögerungen beim wirtschaftlichen Umbau zu vermeiden gelte.<sup>51</sup> Als Steinkühlers Konzept schließlich im Oktober 1991 doch noch den Weg in eine Vorstandssitzung der Treuhand geschafft hatte, war es nach den Erfahrungen vom Frühjahr ein Leichtes, dieses wegen seiner vermeintlich destabilisierenden Wirkung zurückzuweisen.<sup>52</sup>

Zu einem letzten großen Kräftemessen zwischen IG Metall und Treuhand kam es erst wieder im Frühjahr/Sommer 1993, als die Metallarbeitgeber den im März 1991 nach heftigen Konflikten ausgehandelten Stufentarifvertrag in der Metallindustrie, der eine Angleichung der Ost- an die Westlöhne bis 1994 vorsah, zum 1. April einseitig aufkündigten. Noch einmal brachte die Gewerkschaft tausende ostdeutsche Mitglieder auf die Straße – diesmal durchaus mit Erfolg: Im Ergebnis einigte man sich auf eine Lohnangleichung bis 1996, wobei die Gewerkschaft eine Härtefallklausel akzeptieren musste, die es Unternehmen ermöglichte, vom Tarifvertrag aus wirtschaftlichen Gründen abzuweichen. Obwohl die Anwendung der Härtefallklausel hürdenreich war, galt der Kompromiss vielen Beobachter/innen als Meilenstein auf dem Weg zur weiteren Aushöhlung der Tarifautonomie.<sup>53</sup> Als die Streikaktionen beendet waren, war Franz Steinkühler von seinem Posten bereits wegen öffentlich gewordenen Verwicklungen in Insidergeschäfte im Rahmen seiner Aufsichtsratsstätigkeit bei Daimler-Benz zurückgetreten, sein bisheriger Stellvertreter Klaus Zwickel folgte ihm nach. Den Platz Horst Klaus' hatte bereits im Mai 1992 Dieter Schulte übernommen, der im Gegensatz zu Klaus und Steinkühler einen deutlich konsensorientierteren Verhandlungsstil mit der Treuhand pflegte.

<sup>49</sup> Vgl. die Drohbriefe in: AdsD, 5/IGMZ100702 und 5/IGMZ101142.

<sup>50</sup> Handschriftliches Papier zu einem undatierten Gespräch über die THA-Industrieholding-Idee der IG Metall, AdsD, 5/IGMZ220207, unfol.

<sup>51</sup> IG Metall, Wirtschaftsabteilung, Nikolaus Schmidt, an Franz Steinkühler, Betr.: Treuhand-Industrieholding / Gespr. mit Mitarbeitern der SPD-Bundestagsfraktion, 27.5.1991, AdsD, 5/IGMZ220339, unfol.

<sup>52</sup> Ergebnisprotokoll der Vorstandssitzung vom 22.10.1991, BA-B, B 412/2607, Bl. 325.

<sup>53</sup> Ingrid Argus: Tarifpolitik in der Transformation. Oder: Das Problem „stellvertretender Tarifautonomie“, in: Detlev Brunner u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 151-168; Lothar Wenzel: Der Streik der IG Metall zur Verteidigung des Stufentarifvertrags in den neuen Bundesländern im Jahre 1993, ebd., S. 169-180.

Damit ordnete sich Schulte in ein verhandlungsorientiertes „Hinterzimmer-Regime“ ein, das sich zwischen den Gewerkschaften und der Treuhand bereits seit Frühjahr 1991 (mit Ausnahme der IG Metall) entwickelt hatte. Initiativen hierzu waren sogar aus der Treuhand selbst gekommen: Deren Abteilung Arbeitsmarkt und Sozialpolitik, die bislang kaum im Fokus der Forschung stand, hatte bereits Ende August 1990, als die Zahl der Arbeitslosen im Osten noch überschaubar war, umfangreiche Vorschläge für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und deren Koordinierung vorgelegt – getragen von der Absicht, dass sich die Treuhand als „bisheriger Arbeitsgeber“, auch nach außen sicht- und spürbar, in die arbeitsmarktliche Begleitung der von Freisetzung betroffenen Arbeitnehmer einschalten“ sollte. Der Vorstand stimmte den Vorschlägen zu, jedoch unter der Maßgabe, dass alle damit verbundenen Leistungen durch die Treuhand freiwillig erfolgten.<sup>54</sup> Allerdings wurden die mittelfristigen Konsequenzen dieses Beschlusses nicht einkalkuliert, war hiermit die prinzipielle Frage verknüpft, inwiefern die Treuhandanstalt als faktischer Konzern, d.h. als Sozialpartner anzusehen war. Eine Vereinbarung mit den Gewerkschaften wurde damit unvermeidlich. Schließlich ebnete ein weiterer Konflikt diesen Weg: Im Dezember 1990 hatte Rohwedder den Treuhand-Unternehmen untersagt, Abfindungen über 25 Prozent eines Monatsgehalts pro Beschäftigungsjahr abzuschließen.<sup>55</sup> Da die Aushandlung von Sozialplänen aber in die Kompetenz der betrieblichen Akteure (Unternehmensleitungen, Betriebsräte) fiel, war Ärger mit der Arbeitnehmerseite vorprogrammiert. So schlug Personalvorstand Alexander Koch, dem die Abteilung Arbeitsmarkt und Sozialpolitik unterstand, im Februar 1991 vor, „im Rahmen einer konzertierten Aktion von Treuhandanstalt, Bundesregierung, Spitzenverbänden der Wirtschaft, Gewerkschaften und Landesregierungen der neuen Bundesländer eine generalisierende Lösung“ zu finden.<sup>56</sup>

Aus dieser, an ältere bundesdeutsche Handlungsmuster anknüpfenden Konstellation gingen schließlich zwei wichtige gemeinsame Vereinbarungen hervor – die Sozialplanrichtlinie vom 13. April 1991 sowie die Vereinbarung über die Bildung und Finanzierung von Trägergesellschaften für Beschäftigungsmaßnahmen vom 17. Juli 1991. Während diese Vereinbarungen zwar keineswegs künftigen Protest verhinderten, hatten sie für das kooperative

---

<sup>54</sup> Protokoll über die Vorstandssitzung der Treuhandanstalt am 30.08.1990, Überlegungen zum Einsatz arbeitsmarktpolitischer Hilfen durch die Treuhandanstalt, 28.8.1990, BA-B, B 412, 2540, Bl. 72–76.

<sup>55</sup> DGB-Bundesvorstand: stellv. Vorsitzende, Ursula Engelen-Kefer, an Hauptvorstände der Gewerkschaften und IG, nachrichtlich an DGB-Landesbezirke/Landessekretariate der neuen Bundesländer, DGB-Rechtsstellen (Ost) und GBV-Mitglieder zur Kenntnis, 11.1.1991, AdSD, 5/DGAI002158, unfol.

<sup>56</sup> Alexander Koch, Vorstandsmitglied der Treuhandanstalt (Vorstandsressort Personal), an Staatssekretär Horst Köhler, Staatssekretär Dieter von Würzen, Ministerialdirektor John von Freyend, Ministerialdirigent Ollig, Ministerialdirigent Sarrazin, 1.2.1991, BA-B, B 412, 2562, Bl. 239–243.

Zusammenwirken zwischen Gewerkschaften und Treuhand eine wichtige Signalwirkung für spätere Verhandlungsrunden, die weit weniger in die Öffentlichkeit rückten und an denen auch die IG Metall partizipierte. So hielt man in der Wirtschaftsabteilung der Gewerkschaft am 1. Dezember 1992 bilanzierend fest, dass es zwar weiterhin kein „Einschwenken“ seitens der Bundesregierung „auf die IG Metall-Linie“ einer Industrieholding gebe, sich aber eine Entwicklung abzeichne, „die bei einer integrierten Betrachtung jedenfalls positiver zu bewerten ist als bei einer isolierten Bewertung der Einzelfaktoren.“ Dazu zählten vor allem stärker industrie- und strukturpolitisch ausgerichtete Zugeständnisse bei Sanierungszeiten, -mitteln und -kriterien sowie eine Empfehlung der Bundesregierung zur Übernahme des sächsischen Sanierungs-Modells ATLAS („Ausgesuchte Treuhandunternehmen vom Land angemeldet zur Sanierung“) auf andere ostdeutsche Bundesländer.<sup>57</sup>

Gemessen an den eigenen Zielen war die schwierige Treuhand-Kooperation aus Sicht der IG Metall sicherlich ein Tiefpunkt in der mit viel Stolz gepflegten „Fortschrittsgeschichte“ der größten Einzelgewerkschaft der Welt, weshalb ihr im kollektiven Gedächtnis der Gewerkschaft kein Platz eingeräumt wird.<sup>58</sup> Franz Steinkühler erklärte in einem 2013 geführten Interview, den „Misserfolg“ zurechtbiegend, dass angesichts des Zustands der ostdeutschen Betriebe für ihn Gründe schon vor dem Mauerfall feststand, „dass es im Osten nicht gutgehen konnte“.<sup>59</sup> Nicht die Gewerkschaft habe, Steinkühler zufolge, eine politische Niederlage erlitten – vielmehr habe man angesichts der Lage der Dinge nichts tun können. Für Hermann Rappe markierte die Treuhand bzw. die „Sache im Osten“, d.h. der Erhalt des mitteldeutschen Chemiedreieckes und der Bau einer neuen Raffinerie in Leuna, dagegen „meinen Haupterfolg“. Diesen sah Rappe rückblickend als Höhepunkt in einer Linie mit weiteren Erfolgen seines auf kooperativer Sozialpartnerschaft gründenden Gewerkschaftsmodells.<sup>60</sup> Insofern war die intensive, durch die Treuhand geprägte Transformationsphase der frühen 1990er Jahre keineswegs zwangsläufig eine Phase eines beschleunigten Niedergangs gewerkschaftlicher Einflussnahme. Vielmehr setzte sich in dieser Zeit ein bestimmter Modus gewerkschaftlicher Politik durch, der sich in der „alten“ Bundesrepublik seit den 1970er Jahren als Antwort auf die Herausforderungen des

---

<sup>57</sup> IG Metall, Abt. Wirtschaft: Rudolf Kuda an Franz Steinkühler, Betr.: Vorbereitungsgespräch Bundesregierung/Treuhandanstalt/DGB im Bundeskanzleramt vom 27.11.1992, 1.12.1992, AdsD, 5/IGMZ220209, unfol.

<sup>58</sup> Jörg Hofmann; Christiane Benner (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt am Main 2019.

<sup>59</sup> Franz Steinkühler im Interview mit Anne Klein und Christian Testorf, 27.5.2013, AdsD, 6/VIDZ000019, Transkript S. 18.

<sup>60</sup> Margarete Hasel; Kay Meiners: „Ich bin den Weg allein gegangen“. Interview mit Hermann Rappe über die Treuhandpolitik, in: Magazin Mitbestimmung (2009), Heft 10, S. 20–22, hier S. 22.

industriellen Strukturwandels herausgebildet hatte.<sup>61</sup> Somit zeigt sich auch am Beispiel der Treuhand, dass es nicht „die“ gewerkschaftliche Erinnerungskultur gibt, sondern diese je nach Erfahrungshintergrund und politisch-wirtschaftlichem Denken eine hohe Variantenvielfalt aufweisen kann.<sup>62</sup>

---

<sup>61</sup> Hermann Rappe: Für eine Politik der Vernunft. Beiträge zu Demokratie und Sozialstaat, Köln 1989.

<sup>62</sup> Stefan Berger: Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte – einige einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945, Essen 2015, S. 13-43.

## 5. Skandalisierungen und hybride Protestkulturen 1993-1994

Mit dieser Normalisierung der internen Verhältnisse zwischen Gewerkschaften und Treuhand seit 1992 ging allerdings auch eine zunehmende Skandalisierung der Behörde und ihrer „dunklen Machenschaften“ einher, an der sich nun auch die Gewerkschaften beteiligten. Gerade auf betrieblicher Ebene waren es oft Gewerkschaftsvertreter, die sich in umstrittenen Einzelfällen gegen mögliche Abwicklungsbeschlüsse oder Investorenentscheidungen der Treuhand wandten. Im ab Frühjahr 1993 aufbrechenden Korruptionsskandal um die bereits feierlich geschlossene Niederlassung in Halle, war es der IGM-Bevollmächtigte Günter Lorenz, der die Vorgänge mit ins Rollen brachte. Gemeinsam mit Medienvertretern wurde so ein kriminelles Netzwerk um einen schwäbischen Unternehmer enthüllt, der führende Treuhand-Manager bestochen und sodann widerrechtlich fast zwei Dutzend Unternehmen übernommen hatte. Derlei Eskalationen belasteten das ohnehin sehr schwierige Verhältnis zwischen Treuhand und Gewerkschaften in der Praxis weiter.<sup>63</sup>

Eine „friedliche Transformation“, die sich die Treuhand-Abteilung Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik Ende 1991 intern als Erfolg auf die Fahnen geschrieben hatte,<sup>64</sup> blieb nicht zuletzt deshalb aus. Zudem ereigneten sich Proteste auch weiterhin und kulminierten im aufsehenerregenden Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode im Sommer 1993, der sogar im Vatikan aufmerksam verfolgt worden war. Verändert hatte sich allerdings zugleich auch die Trägerstruktur der Proteste. Gewerkschaftsvorstände und Parteien fanden sich nicht mehr an der Spitze der Proteste, die nun zunehmend von kampfbereiten ostdeutschen Betriebsräten „von unten“ angeführt wurden. Diese vernetzten sich seit 1992 zunehmend untereinander und bildeten neuartige Aktionsgruppen wie die „Berliner und ostdeutsche Betriebsräteinitiative“ (1992-1993), die eine besondere Medienpräsenz erlangte, das „Thüringer Aktionsbündnis 5 vor 12“, das „Arbeitstreffen der Betriebsräte-Ost der pharmazeutischen Industrie“, den „Arbeitskreis der Betriebsräte der ostdeutschen feinkeramischen Industrie“ und den „Betriebsräte-Viererkreis in T“.<sup>65</sup> Jedoch blieben diese Initiativen keine rein ostdeutschen Veranstaltungen. Vielmehr bildeten sich in diesen Mikrostrukturen vielfache kooperative, aber auch konfligierende ost-westdeutsche Hybride: Die Berliner Betriebsräteiniti-

<sup>63</sup> o.V.: „Die Paten von Halle“, in: taz vom 18.10.1993, S. 12.

<sup>64</sup> THA, Direktorat Arbeitsmarkt und Soziales: Ein Jahr Treuhandarbeit – Ergebnisse und Erfahrungen, o.D., BA-B, B 412, 10447, unfol.

<sup>65</sup> Jürgen Kädtler u.a.: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Wiesbaden 1997, S. 207-252.



ative etwa erhielt starken Zulauf durch West-Berliner „Altlinke“ aus dem Umfeld der „68er“, die in der Initiative eine neue Gewerkschaftsbewegung im Entstehen begriffen sahen, was den sehr praxisbezogenen Intentionen der Betriebsräte aber widersprach. An diesem inneren Zwiespalt zerbrach nicht nur die Initiative im Jahr 1993. Auch ergaben sich dadurch mitunter heftige Grundsatzkonflikte mit den etablierten Gewerkschaften, die sich an die Unterwanderung ihrer Organisationen durch kommunistische Basisgruppen in den 1970er Jahren erinnert fühlten, aber auch mit anderen ostdeutschen Initiativen wie dem „Aktionsbündnis 5 vor 12“, welche die zunehmende Ideologisierung der Berliner Initiative ebenso ablehnten.<sup>66</sup>

Gleichwohl war auch das Thüringer Aktionsbündnis, das sich während des Hungerstreiks der Kalikumpel in Bischofferode formiert hatte, ein westostdeutsches Amalgam, das zwar die Schließung der Kaligrube nicht verhindern konnte, aber zum Ausgangspunkt langfristiger Netzwerkbildung wurde. Unterstützt wurden die Betriebsräte hier vor allem durch westdeutsche Gewerkschafter, die nach Thüringen gegangen waren, um dort Gewerkschaftsstrukturen und strukturpolitische Netzwerke aufzubauen. Dabei erlitten sie jedoch zahlreiche Misserfolge. Vor allem ostdeutsche Kommunalpolitiker, aber auch einige westdeutsche Landespolitiker wiesen gewerkschaftliche Einflussversuche ab, da sie diese für den Aufbau dieser Strukturen und Herrschaftsbereiche oftmals als hinderlich ansahen. Zudem fehlte es den vor Ort agierenden Gewerkschaftern häufig an Unterstützung durch die Vorstände. Dieser grundsätzliche Konflikt zwischen Zentrale und Region zog sich durch die gesamte Geschichte des gewerkschaftlichen Aufbaus in Ostdeutschland. Als im Juli 1993 der Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode gegen die Schließung ihrer Grube durch die Treuhand begann und eine bislang ungekannte Solidarisierungswelle auslöste, wandte sich der Thüringer DGB-Landesbezirksvorsitzende Frank Spieth hilfeschend an den Düsseldorfer Bundesvorstand, warnend, „daß sich diese Solidarisierungswelle zu einem ähnlichen Problem ausweitet, wie es die Betriebsräte-Initiative zum Jahreswechsel darstellte“. DGB-Chef Meyer allerdings entgegnete lakonisch wie ablehnend: „Spricht Kollege Spieth denn nicht mit IG BE [IG Bergbau und Energie, C.R.]?“<sup>67</sup>

Die Erfahrung, dass der Bundesvorstand auch in absoluten Notzeiten keine Hilfe leistete, wurde für Spieth selbst zum Wendepunkt. Er rief zusammen mit dem Thüringer HBV-Vorsitzenden Bodo Ramelow, der Ende 1993 bei den Sozialplanverhandlungen für Bischofferode noch eine zentrale Rolle gespielt hatte, und Thüringer Betriebsräten das „Aktionsbündnis 5 vor 12“ ins

---

<sup>66</sup> Alfons Frese: Aufgerieben zwischen Linken und Gewerkschaften: Ostdeutsche Initiative von Betriebsräten zerfällt, in: Tagesspiegel (Berlin) vom 18.12.1993.

<sup>67</sup> DGB, Abt. Vorsitzender: Günther Horzetzky, an Heinz-Werner Meyer, Aktionstag in Bischofferode 13.7.1993, AdsD, 5/DGAI002269, unfol.

Leben. Gleichwohl stellte dieses kein reines, gegen die Treuhand gerichtetes Protestbündnis dar. Vielmehr vermischte sich dort traditionelle westdeutsche Strukturpolitik und ostdeutsche Protestkultur. So organisierte das Aktionsbündnis etwa im Herbst 1993 einen „Gegenzug“. Mit einem „Traditionszug“ führen die Veranstalter zu „verschiedenen Orten“ in Thüringen, um dort „auf die extremen Strukturprobleme im Zusammenhang mit dem Transformationsprozeß in Thüringen“ aufmerksam zu machen.<sup>68</sup>

Dieses Bündnis zwischen west- und ostdeutschen Arbeitnehmervertretern trug nicht nur dazu bei, dass Ramelow und Spieth 1997 die „Erfurter Erklärung“ unterzeichneten, die sich gegen eine weitere Aushöhlung der „sozialen Demokratie“ richtete, und beide in die PDS/LINKE eintraten. Auch für Ramelows Weg an die Spitze der Thüringer Landesregierung 2014, leistete dieses Bündnis eine wichtige Vorfelddarbeit. Noch heute spielen gemeinsame Auftritte Ramelows mit den Bischofferöder Betriebsräten und die (negative) Erinnerung an die Treuhand eine zentrale Rolle für die Inszenierung des anpackenden „Landesvaters“.<sup>69</sup> Damit zeigt sich an diesem Beispiel auch, wie der ostdeutsche Erfahrungsraum auf gewerkschaftliche Erinnerungskulturen zurückwirken konnte und gewerkschaftliche Erfahrungsräume in politische Konzepte einfließen konnten.

---

<sup>68</sup> DGB Thüringen: Frank Spieth, an die Präsidentin der Treuhand, Birgit Breuel, 30.9.1993, BA-B, B 412, 10640, unfol.

<sup>69</sup> Siehe die Internetpräsenz <https://www.bodo-ramelow.de>.

## 6. Fazit

Die wieder aufgeflamnte Debatte um das langfristige ökonomisch-materielle wie ideell-kulturelle „Erbe“ der Treuhand im Jahr 2019 hat die besondere Situation der Gewerkschaften in diesen Prozessen nochmals verdeutlicht – sie nahmen an den jüngsten Diskussionen bislang kaum Anteil. Dies verwundert auch weniger, wenn man sich abschließend die enorme Widersprüchlichkeit gewerkschaftlichen Agierens nach 1990 vor Augen führt: Nach dem Jahreswechsel 1989/90 hatten die Gewerkschaften das zentrale Geschehen lediglich aus einer Nebenrolle verfolgt und waren auch an den entscheidenden wirtschaftspolitischen Weichenstellungen wie etwa der Wirtschafts- und Währungsunion oder der Neuausrichtung der Treuhand im Sommer 1990 wenn überhaupt nur mittelbar beteiligt gewesen. Auf diese relative Nicht-Beteiligung folgten ab 1991 überaus gegensätzliche Strategien, Praktiken und Wahrnehmungen: Auf der einen Seite machte etwa die IG Metall um Franz Steinkühler massiv gegen die „neoliberale“ Treuhand und den „ungerechten“ Wirtschaftsumbau Front; auf der anderen Seite agierten andere Gewerkschaftsvertreter als Kooptierte in den Beratungsgremien oder auf Betriebs-ebene pragmatischer. Dieses widersprüchliche Wechselspiel aus externer Konfrontation und interner Kooperation verkomplizierte sich indes nach 1993 nochmals, als die Treuhand in einem kaum enden wollenden Reigen an medialen Skandalen und industriepolitischen Debatten ihrer am 31. Dezember 1994 vollzogenen „Selbstauflösung“ entgegentaumelte.

Es verwundert kaum, dass der krisenhafte Wirtschaftsumbau auch markante Spuren und zugleich auch auffällige Leerstellen in den gewerkschaftlichen Erinnerungskulturen hinterlassen hat. Die jeweilige Bewertung und Beurteilung der damaligen Umbruchszeiten hängt dabei maßgeblich von den jeweiligen Positionen der Zeitzeugen ab. Um es zuzuspitzen: Während hohe westdeutsche Spitzenfunktionäre ihren unideologischen, ja nahezu patriotischen Pragmatismus in der massiven „Vereinigungskrise“ oft im Stillen lobten, fühlten sich etwa viele ostdeutsche Gewerkschaftsvertreter in der Etappe in ihrem existenziellen Überlebenskampf gegen die Treuhand von ihren „Spitzengenossen“ in den fernen „alten Ländern“ oft alleine gelassen. Damit erscheinen die verschiedenen Perspektiven innerhalb der gewerkschaftlichen Erinnerungskulturen verstreut über die verschiedenen „Lager“ des gegenwärtigen Treuhand-Gedenkens: Hier stehen sich, im Jahr 2019 wieder so scharf sichtbar wie viele Jahre nicht, meist liberal-konservative Verteidiger sowie meist linke oder grüne Kritiker der Treuhand-Privatisierungen unversöhnlich gegenüber. Dabei zeichnen sich auch klare Gegensätze zwischen Ost und West sowie zwischen den Generationen ab: Vor allem für ältere, unmittelbar betroffene Ostdeutsche erscheint die Treuhand bis heute hochemotional als das zentrale, negative wie mythische Symbol für eine

feindliche „Abwicklung“ oder gar „Kolonialisierung“ des Ostens durch den Westen. Demgegenüber spielt die Treuhand für Jüngere oder viele Westdeutsche kaum noch eine wesentliche Rolle.<sup>70</sup>

Derlei erinnerungskulturelle Friktionen wie geschichtspolitische Spannungen ziehen sich damit auch in der Retrospektive durch die hier behandelten Beziehungsgeschichten von Treuhandanstalt und Gewerkschaften. Wie oder ob man heute noch über die Treuhand und ihre Folgen nachdenkt, ist dabei hochgradig personen- und positionsabhängig. Doch jenseits der nachgezeichneten Konfliktlinien verspricht die jüngste Welle an zeithistorischen, empirisch ausgerichteten Forschungen, diese bemerkenswerten Widersprüchlichkeiten und ungleichzeitigen Gleichzeitigkeiten neu zu fokussieren, die Treuhand und Wirtschaftsumbau in der Praxis bestimmt haben. Jenseits von alternativlosem „Erfolg“ oder neoliberalen „Scheitern“ entpuppen sich die Vorgänge im facettenreichen Umbruchsalltag als ungemein spannende Felder von Wahrnehmungen und Deutungen, die keineswegs so eindeutig erscheinen. Um dies am hier behandelten Beispiel nochmals zu verdeutlichen: Die gewerkschaftlichen Konfliktlinien und Spannungsfelder verliefen natürlich auch – Stichworte: Arbeitsplatzrettung vs. Hochlohnstrategie – zwischen Ost und West, aber eben nicht nur. Sie verliefen nicht selten auch zwischen organisatorischer Zentrale bzw. Spitzenfunktionären verschiedener Branchen sowie den jeweiligen lokalen Gewerkschaftsvertretern bzw. Betriebsräten in den Betrieben vor Ort.

Die widersprüchliche Praxis im gewerkschaftlichen Kontext zwischen Nicht-Beteiligung, Konfrontation, Kooperation, Skandalisierung und Nicht-Tradierung kann schließlich auch größere zeithistorische Sachverhalte aufschließen, die über den meist sehr enggeführten deutsch-deutschen „Fall“ perspektivisch wie methodisch hinausweisen. So ist das Verhältnis zwischen Kontinuitäten (westdeutsche „Mindsets“ der 1980er) sowie Disruptionen (ostdeutsche Umbrüche der 1990er) in der Praxis noch kaum ausdiskutiert. Wie sich langfristiger industrieller „Strukturwandel“ West sowie kurzfristiger post-sozialistischer „Strukturbruch“ Ost nach 1990 zueinander verhielten, ist – mit Blick auf personelle, ideelle wie praktische Transfers, Verflechtungen und Wahrnehmungen – keine rein theoretische, sondern eine zugleich auch ungemein praktisch-konkrete Frage, wenn etwa Gewerkschaftsfunktionäre meist kurzfristig aus dem krisengeplagten, aber oft kooperativ organisierten „Stahlbad“ an der Ruhr oder der Saar nach 1990 in ein ganz anderes, oft sehr konfliktbeladenes Setting im Osten gelangten. In einer übergeordneten Perspektive lassen sich derlei Vorgänge schließlich auch jenseits der natio-

---

<sup>70</sup> Constantin Goschler/Marcus Böick: Studie zur Wahrnehmung und Bewertung der Arbeit der Treuhandanstalt, im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Bochum 2017.

nenalen Perspektive als um intensive Konflikte verschiedener Modelle und Zukünfte von post-industrieller Arbeit verstehen: Dabei wären westliche Prozesse „nach dem Boom“ (Lutz Raphael) und östliche „(Ko-)Transformationen“ (Philipp Ther) nicht antagonistisch als einander ausschließende, quasi gedachte Konkurrenzmodelle zu betrachten, sondern vielmehr in ihrer verwirbelten Verzahnung und Verschränkung als komplexe Beziehungsgeschichten mit vielfältigen Kontrasten, Ungleichzeitigkeiten, Gegensätzen und Widersprüchen zu beschreiben. Und als eine solche erscheint letztlich auch das hier behandelte Verhältnis von Gewerkschaften und Treuhandanstalt.<sup>71</sup>

---

<sup>71</sup> Dazu als Antipoden in der Diskussion: Lutz Raphael: *Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom*, Berlin 2019; Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014.

## Literatur

- Argus, Ingrid: Tarifpolitik in der Transformation. Oder: Das Problem „stellvertretender Tarifautonomie“, in: Detlev Brunner u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Bielefeld 2018, S. 151-168.
- Baale, Olaf: Abbau Ost. Lügen, Vorurteile und sozialistische Schulden, München 2008.
- Berger, Stefan: Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte – einige einleitende Bemerkungen, in: Ders. (Hrsg.): Gewerkschaftsgeschichte als Erinnerungsgeschichte. Der 2. Mai 1933 in der gewerkschaftlichen Erinnerung und Positionierung nach 1945, Essen 2015.
- Berghoff, Hartmut: Die 1990er Jahre als Epochenschwelle? Der Umbau der Deutschland AG zwischen Traditionsbruch und Kontinuitätswahrung, in: Historische Zeitschrift 308 (2019), Heft 2, S. 364-400.
- Beyme, Klaus von: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, 10. Aufl., Wiesbaden 2004.
- Böhm, Michaela: Der Weg in die Gewerkschaftseinheit. Staatliche Einigung und die Zusammenführung der IG Metall Ost und West, in: Jörg Hofmann; Christiane Benner (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt am Main 2019, S. 511–524.
- Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994, Göttingen 2018.
- Brunner, Detlev u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften im deutschen Einheitsprozess. Möglichkeiten und Grenzen in Zeiten der Transformation, Essen 2018.
- Dathe, Dietmar: Streiks und soziale Proteste in Ostdeutschland 1990–1994. Eine Zeitungsrecherche, Berlin 2018.
- Dümcke, Wolfgang, Fritz Vilmar (Hrsg.): Kolonialisierung der DDR, Münster 1996.
- Hasel, Margarete; Kay Meiners: „Ich bin den Weg allein gegangen“. Interview mit Hermann Rappe über die Treuhandpolitik, in: Magazin Mitbestimmung (2009), Heft 10, S. 20–22.
- Hickel, Rudolf; Jan Prieue: Nach dem Fehlstart. Ökonomische Perspektiven der deutschen Einigung. Frankfurt/M. 1994.
- Hofmann, Jörg; Christiane Benner (Hrsg.): Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt am Main 2019.
- Kädtler, Jürgen u.a.: Betriebsräte in Ostdeutschland. Institutionenbildung und Handlungskonstellationen 1989–1994, Wiesbaden 1997.

- Ders.; Hans-Hermann Hertle: Sozialpartnerschaft und Industriepolitik. Strukturwandel im Organisationsbereich der IG Chemie-Papier-Keramik, Opladen 1997.
- Kemmler, Marc: Die Entstehung der Treuhandanstalt. Von der Wahrung zur Privatisierung des DDR-Volkseigentums, Frankfurt/M. 1994.
- Krastev, Ivan; Stephen Holmes: The Light that Failed. A Reckoning, London 2019.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019.
- Loewenich, Maria von: 45 km ungeordnetes Schriftgut, und was nun? Die Bewertung der Überlieferung der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, in: Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. (Hrsg.): MASSENAKTEN – MASSENDATEN. Rationalisierung und Automatisierung im Archiv. 87. Deutscher Archivtag 2017 in Wolfsburg, Fulda 2018, S. 67–74.
- Müller, Uwe: Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005.
- Nötzold, Günter (Hrsg.): Die Stunde der Ökonomen. Prioritäten nach der Wahl in der DDR und die Zukunft der europäischen Wirtschaftsbeziehungen, Essen 1990.
- o.V.: Zielstellung, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbare Maßnahmen der Wirtschaftsreform in weiterer Verwirklichung der Regierungserklärung vom 17.11.1989 (Entwurf). Vorschlag der Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform beim Ministerrat der DDR vom 1.2.1990, in: Treuhandanstalt (Hrsg.): Dokumentation 1990–1994, 15 Bde., Berlin 1994, Bd. 1, S. 7-14.
- o.V.: Wortprotokoll der 1. Sitzung des Zentralen Runden Tisches der DDR am 7. Dezember 1989, in: Uwe Thaysen (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Bd. 1: Aufbruch, Wiesbaden 2000, S. 1-89.
- Panitz, Eberhard; Klaus Huhn: Mein CHEF ist ein WESSI, Berlin 1992.
- Pirker, Theo u.a. (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.
- Raphael, Lutz: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.
- Rappe, Hermann: Für eine Politik der Vernunft. Beiträge zu Demokratie und Sozialstaat, Köln 1989.
- Richter, Sebastian: Der Weg zur freien Volkskammerwahl am 18. März 1990, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 329- 342.

- Ritter, Gerhard A.: Der Preis der deutschen Einheit. Die Wiedervereinigung und die Krise des Sozialstaats, München 2006.
- Roethe, Thomas: Arbeiten wie bei Honecker, leben wie bei Kohl. Ein Plädoyer für das Ende der Schonfrist, Frankfurt/M. 1999.
- Scharrer, Manfred: Der Aufbau einer freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, Berlin u. a. 2011.
- Schneider, Michael: Die abgetriebene Revolution. Von der Staatsfirma in die DM-Kolonie, Berlin 1990.
- Seibel, Wolfgang: Verwaltete Illusionen. Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000, Frankfurt/M. u.a. 2005.
- Ders.: Wenn ein Staat zusammenbricht. Über die Frühgeschichte und Funktion der Treuhandanstalt, in: Norbert Frei; Dietmar Süß (Hrsg.): Privatisierung. Idee und Praxis seit den 1970er Jahren, Göttingen 2012, S. 184-207.
- Siebert, Horst: Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992.
- Sinn, Gerlinde; Hans-Werner Sinn: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, München 1993.
- Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007.
- Stuhler, Ed: Die letzten Monate der DDR. Die Regierung de Maizière und ihr Weg zur deutschen Einheit, Bonn 2010.
- Sziedat, Konrad: Erwartungen im Umbruch. Die westdeutsche Linke und das Ende des „real existierenden Sozialismus“, Berlin u.a. 2019.
- Thaysen, Uwe: Der Zentrale Runde Tisch der DDR 1989/90. Einleitender Essay zum Wortprotokoll und zu den Dokumenten, in: ders. (Hrsg.): Der Zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente, Band 1: Aufbruch, Wiesbaden 2000, VII-XLIV.
- Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin 2014.
- Ders.: Die deutsche Schocktherapie. Der deutsche Sonderweg und die Transformation Ostmitteleuropas, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 64 (2019), Heft 11, S. 85–96.
- Thießen, Friedrich (Hrsg.): Zwischen Plan und Pleite. Erlebnisberichte aus der Arbeitswelt der DDR, Köln 2001.
- Wenzel, Jan (Hrsg.): Das Jahr 1990 freilegen. Remontage der Zeit, Leipzig 2019.
- Wenzel, Lothar: Der Streik der IG Metall zur Verteidigung des Stufentarifvertrags in den neuen Bundesländern im Jahre 1993, Brunner u.a. (Hrsg.): Gewerkschaften, S. 169-180.